Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10181

24. 03. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Bierstedt, Eva-Maria Bulling-Schröter, Dr. Dagmar Enkelmann, weiterer Abgeordneter und der Gruppe der PDS – Drucksache 13/8091 –

Konsequente Ausrichtung der staatlichen Instrumente zur Förderung der wirtschaftlichen Tätigkeit auf Beschäftigungswirksamkeit

A. Problem

Fehlende Erfüllung des § 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 durch die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen in Deutschland. Eskalierende Massenarbeitslosigkeit mit ihren Auswirkungen auf die soziale Stabilität der Gesellschaft, auf Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand und der Sozialversicherungssysteme. Bewältigung der größten gesellschaftlichen Krise in der Geschichte Deutschlands durch das völlige Scheitern der Arbeits- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.

B. Lösung

Ergreifung gesetzgeberischer Initiativen mit folgenden Zielen:

- Reform der steuerlichen Rahmenbedingungen von Unternehmenstätigkeit und sozial gerechte, aufkommensneutrale Veränderung der Einkommensteuer zur Wiederherstellung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums,
- Einstieg in die Herstellung ökologischer Kostenwahrheit wirtschaftlicher Tätigkeit,
- Auflage eines zehnjährigen Zukunftsinvestitionsprogramms und Förderung der Entwicklung sowie des Absatzes von ökologischen Zukunftstechnologien,
- Regionalisierung wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Entscheidungen über öffentliche Fördermittel,
- Verzahnung der bisherigen „Gemeinschaftsaufgaben" mit arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen und einem neuen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor,

– Zusammenfassung und Vereinfachung der Wirtschaftsförderinstrumente sowie Demokratisierung der Vergabeprozesse.

Mehrheitliche Ablehnung im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 13/8091 – abzulehnen.

Bonn, den 4. März 1998

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost	**Manfred Koslowski**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Manfred Koslowski

I.

Der Antrag der Gruppe der PDS – Drucksache 13/8091 – wurde in der 194. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. Oktober 1997 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung und an den Innenausschuß, den Finanzausschuß, den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuß für Verkehr, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, den Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der Innenausschuß hat den Antrag in seiner Sitzung am 29. Oktober 1997 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS beschlossen, dem federführenden Ausschuß die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Finanzausschuß hat die Vorlage in seiner 91. Sitzung am 29. Oktober 1997 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS beschlossen, dem federführenden Ausschuß die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat die Vorlage in seiner Sitzung am 12. November 1997 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS und bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD sowie bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem federführenden Ausschuß die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat den Antrag in seiner Sitzung am 12. November 1997 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS sowie bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem federführenden Ausschuß die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen.

Der Ausschuß für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat die Vorlage in seiner Sitzung am 29. Oktober 1997 beraten. Er hat mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS und bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem federführenden Ausschuß die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß Verkehr hat den Antrag in seiner Sitzung am 14. Januar 1998 beraten. Er hat mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS beschlossen, dem federführenden Ausschuß die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Vorlage in seiner Sitzung am 12. November 1997 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS und bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem federführenden Ausschuß die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat die Vorlage in seiner Sitzung am 29. Oktober 1997 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS beschlossen, dem federführenden Ausschuß die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat die Vorlage in seiner Sitzung am 29. Oktober 1997 beraten. Er hat mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS beschlossen, dem federführenden Ausschuß die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen.

Der Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat den Antrag in seiner Sitzung am 12. November 1997 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS sowie bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD beschlossen, dem federführenden Ausschuß die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen.

Der Haushaltsausschuß hat die Vorlage in seiner Sitzung am 30. Oktober 1997 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS beschlossen, dem federführenden Ausschuß die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen.

III.

Der Antrag der Gruppe der PDS betont, daß im Hinblick auf Artikel 115 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht in der Bundesrepublik Deutschland nachhaltig und auf absehbare Zeit gestört ist. Bund und Länder erfüllten mit ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen bereits seit Jahren nicht mehr den § 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967. In diesem Zusammenhang wird die eskalierende Massenarbeitslosigkeit als das Kardinalproblem gesehen. Hierbei stehen deren Auswirkungen auf die soziale Stabilität der Gesellschaft, auf Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand sowie der Sozialversicherungssysteme im Vordergrund. Die Antragsteller vertreten die Auffassung, daß sich diese Entwicklung ohne radikale Veränderungen der Politik der Bundesregierung während der kommenden Jahre weiter fortsetzt. Es wird die Auffassung vertreten, daß die auf einer Umverteilungs-, Liberalisierungs- und Deregulierungsideologie beruhende Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung seit 1982 vollständig gescheitert ist und die Bundesrepublik Deutschland in die größte gesellschaftliche Krise ihrer bisherigen Geschichte geführt hat.

Über den Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, gesetzgeberische Initiativen mit den verschiedensten Zielsetzungen zu ergreifen. Es soll eine Reform der steuerlichen Rahmenbedingungen von Unternehmenstätigkeit erfolgen und eine sozial gerechte, aufkommensneutrale Veränderung der Einkommensteuer zur Wiederherstellung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums erfolgen. Weiterhin wird ein Einstieg in die Herstellung ökologischer Kostenwahrheit wirtschaftlicher Tätigkeit gefordert. Es sollen ein zehnjähriges Zukunftsinvestitionsprogramm aufgelegt und die Entwicklung und der Absatz ökologischer Zukunftstechnologien gefördert werden. Die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen über öffentliche Fördermittel sollen regionalisiert werden. Weiterhin soll eine Verzahnung der bisherigen „Gemeinschaftsaufgaben" mit arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen sowie einem neuen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor angestrebt werden. Schließlich sollen die Wirtschaftsförderinstrumente zusammengefaßt und vereinfacht sowie die Vergabeprozesse demokratisiert werden.

IV.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 4. März 1998 beraten. Er beschloß mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages der Gruppe der PDS – Drucksache 13/8091 – zu empfehlen.

Der Beschluß wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS und bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefaßt.

Bonn, den 4. März 1998

Manfred Koslowski

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333